

Antragsnr.	Thema / Antragsteller / Beschluss	Seite
K	Personaleinsatz	
K 001	Für eine moderne gewerkschaftliche Personalpolitik und Personaleinsatzplanung bei ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstand 8 Berlin/Brandenburg Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	2
K 002	Zuweisung von Stellenanteilen für die Ebene Bezirkskonferenz Mittel/Nordthüringen Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 001	3
K 003	Personelle Betreuung der Personengruppenarbeit Bezirkskonferenz Herford-Minden-Lippe Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 001	3
K 005	Budgetierung Stellenanteile Verwaltungsangestellte Niederrhein Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	3
K 006	Mehr hauptamtliches Personal für die lokalen und regionalen ver.di-Bereiche Bundesfachbereichskonferenz 5 Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat	3
K 007	Überprüfung der Personalaufwendungen Bezirkskonferenz Wiesbaden Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 006	3
K 014	JAV-Betreuung Bundesfachbereichskonferenz 9 Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	4
K 015	JAV-Betreuung Landesbezirkskonferenz MDR Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	4
K 019	Schaffung von Stellenanteilen für die fachbereichs-bezogene Frauen- und Gleichstellungspolitik Landesbezirksfachbereichskonferenz 9 Bayern Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	4
K 022	Mehr Kapazitäten in ver.di für berufliche Bildung Bundesjugendkonferenz Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	4
K 023	Verbesserung der Mitgliederbetreuung Bundesfachbereichskonferenz 3 Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	4
K 024	Klärungsprozess zur Personalausstattung Bezirksfachbereichsvorstand 1 Rhein-Neckar Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 023	5

Für eine moderne gewerkschaftliche Personalpolitik und Personaleinsatzplanung bei ver.di

Der Gewerkschaftsrat wird beauftragt, das Budgetierungssystem nach § 71 der Satzung hinsichtlich des Einsatzes von Finanzen und Personal entsprechend der folgenden politischen Richtlinien zu überprüfen und zu ändern:

Die Organisation muss in den Stand versetzt werden, die Aufgaben einer Gewerkschaft auch in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, der immer weiter voranschreitenden Tariffucht der Arbeitgeber und der immer tiefer gehenden Einschnitte in die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern.

Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte (zurzeit sinkendes Beitragsaufkommen) dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden. Die Entscheidungen müssen sich jedoch politisch vor allem an der zukünftigen Entwicklung von ver.di orientieren.

Das Ziel des gewerkschaftlichen Handelns muss die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Organisation sein.

Aus diesem Grund ist die Personalpolitik an den Handlungsbedarfen der Organisation und den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere der Gewerkschaftsmitglieder, auszurichten.

Zu den wichtigsten Handlungsbedarfen gehören für ver.di:

- Sicherung des vorhandenen Organisationsgrades und der Mitgliederzahlen von ver.di in den Betrieben und Branchen.
- Gewerkschaftliche Erschließung von Branchen und Betrieben, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering ist oder sogar gegen Null tendiert, durch die Gewinnung neuer Mitglieder und den Aufbau gewerkschaftlicher Vertretungsstrukturen.
- Verteidigung vorhandener und Aufbau neuer Tarifstrukturen.
- Beratung und Betreuung bestehender betrieblicher Interessenvertretungen.
- Aufbau und Beratung neuer betrieblicher Interessenvertretungen

Bei der Personalplanung sind sowohl Fragen der Qualität als auch der Quantität des Personaleinsatzes zu beachten.

- Dort, wo sich die Organisation auf bestehende und bewährte ehrenamtliche Strukturen stützen kann, dient der Einsatz der hauptamtlichen ver.di-Beschäftigten vor allem der Beratung und Unterstützung der Mitglieder und der ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre. In diesen Bereichen muss die Organisationspolitik auf eine Stärkung der eigenverantwortlichen ehrenamtlichen Arbeit orientiert sein (Betreuungssekretärinnen und -sekretäre). Deren Einsatz entsprechend der Mitgliederzahl hätte hier eher symbolischen Charakter und würde die Eigeninitiative der Mitglieder eher einschränken.
- In Organisationsbereichen mit niedrigem Organisationsgrad und nur schwach ausgeprägten ehrenamtlichen Strukturen muss ein deutlich stärkerer Einsatz hauptamtlicher Kräfte erfolgen, um den langfristigen Bestand der Organisation sichern zu können („Aufbausekretärinnen und -sekretäre“). Das sollte auch fachbereichsübergreifend erfolgen können.
- In Branchen, die von Großbetrieben geprägt sind, die in der Regel traditionell über ehrenamtliche Strukturen und gefestigte betriebliche Interessenvertretungen verfügen, ist einerseits dafür zu sorgen, dass in der Betreuung eine gewisse personelle Kontinuität durch Sekretärinnen und Sekretäre gewahrt bleibt, die mit der Branche vertraut sind, (Betreuungssekretärinnen und -sekretäre). Dort kann aber die Organisation die inhaltliche Beratung und Betreuung wesentlich effektiver und effizienter durch den flexiblen Einsatz von Fachleuten leisten (Pool von Fach- oder Beratungssekretärinnen und -sekretäre).
- In Branchen, die durch kleinteilige Betriebsstrukturen geprägt sind, erfordert die Betreuung vorhandener und der Aufbau neuer Mitglieder- und betrieblicher Interessenvertretungen einen relativ wesentlich höheren Einsatz von hauptamtlichem Personal. Aber auch hier ließe sich durch den flexiblen Einsatz von Fach- oder Beratungssekretärinnen und -sekretären eine effektivere und effizientere Verwendung der Personalmittel erreichen.
- Auch in der Fläche, wo neben kleinstädtischen Strukturen auch überwiegend kleinteilige Betriebsstrukturen vorherrschen, ist ein, gemessen an den vorhandenen Mitgliederzahlen, höherer Einsatz von hauptamtlichem Personal erforderlich.

Wenn ver.di mit den vorhandenen Mitteln eine organisatorische Zukunft aufbauen will, muss dies Auswirkungen auf die Personalplanung und den Personaleinsatz haben.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 002 Bezirkskonferenz Mittel/Nordthüringen

Zuweisung von Stellenanteilen für die Ebene

Für die Sekretärinnen und Sekretären der Fachbereiche sind auch zukünftig die auf sie entfallende Anteile an Ebenenaufgaben klar zu definieren. Dafür ist dann auch ein adäquater Stellenanteil der Ebene zur Verfügung zu stellen. Eine Abkehr von den Ebenenaufgaben ist zu vermeiden.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 001

K 003 Bezirkskonferenz Herford-Minden-Lippe

Personelle Betreuung der Personengruppenarbeit

ver.di wird aufgefordert, die Personengruppenarbeit in den ver.di-Bezirken durch Zuweisung zusätzlich hauptamtlichen Personals sicherzustellen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 001

K 005 Bezirksvorstand Linker Niederrhein

Budgetierung Stellenanteile Verwaltungsangestellte

Zugleich ist die Qualität der Arbeit im Verwaltungsdienst durch gezielte Anpassungsqualifizierungen und ergänzenden Instrumenten der Personalentwicklung weiterzuentwickeln.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 006 Bundesfachbereichskonferenz 5

Mehr hauptamtliches Personal für die lokalen und regionalen ver.di-Bereiche

Mehr hauptamtliches Personal für die lokalen und regionalen ver.di-Bereiche. Parallel dazu ist im Rahmen einer Aufgabenkritik zu prüfen, inwieweit es möglich ist, Personalkapazitäten von der Bundesebene auf die regionalen und lokalen Ebenen zu verlagern.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat

K 007 Bezirkskonferenz Wiesbaden

Überprüfung der Personalaufwendungen

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, mehr Personalkapazitäten von der Bundes- und Landesebene in die Bezirke und Ortsvereine zu verlagern. Diese Verlagerung soll ermöglichen, dass die untersten Ebenen der Organisation den direkten Betreuungskontakt gewährleisten können.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 006

K 014 Bundesfachbereichskonferenz 9

JAV-Betreuung

Die Bundesfachbereichsvorstände sollen dafür sorgen, dass die erfolgreiche fachliche Betreuung der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) und die Betreuung der Jugendgremien durch ver.di-Sekretärinnen und -Sekretäre erfolgt, die Fachbereichskompetenz haben und die Jugend adäquat betreuen können (JAV-Betreuung liegt in der Verantwortung der Fachbereiche).

Das beinhaltet insbesondere die Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 015 Landesbezirkskonferenz MDR

JAV-Betreuung

Der Bundesvorstand soll dafür sorgen, dass die erfolgreiche fachliche Betreuung der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) und die Betreuung der Jugendgremien in den Fachbereichen durch ver.di-Sekretärinnen und -Sekretäre der Fachbereiche erfolgt.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 019 Landesbezirksfachbereichskonferenz 9 Bayern

Schaffung von Stellenanteilen für die fachbereichsbezogene Frauen- und Gleichstellungspolitik

Zur Realisierung einer wirksamen und erfolgreichen fachbereichsbezogenen Frauen- und Gleichstellungspolitik ist ein zusätzlicher Stellenanteil von mindestens 0,5 Stellen auf den Ebenen, Landesbezirksfachbereich und Bundesfachbereich im hauptamtlichen Bereich erforderlich.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 022 Bundesjugendkonferenz

Mehr Kapazitäten in ver.di für berufliche Bildung

Zusätzliche verbindliche Stellenanteile für das Thema berufliche Bildung sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene zu schaffen. Das Thema der beruflichen Bildung muss wieder zentraler Bestandteil unserer Gewerkschaft werden.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 023 Bundesfachbereichskonferenz 3

Verbesserung der Mitgliederbetreuung

ver.di sollte in nächster Zukunft den Beratungs- und Betreuungsservice für Mitglieder dringend verbessern. Hierzu gehören gute Erreichbarkeit, schnelle Terminvergabe und dass auf der Basis-Ebene des Bezirks jederzeit fachlich versierte Sekretärinnen/Sekretäre oder andere Kolleginnen/Kollegen ansprechbar sind. Dies geht nur über gute personelle Besetzung und tragfähige Vertretungsregelungen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 024 Bezirksfachbereichsvorstand 1 Rhein-Neckar

Klärungsprozess zur Personalausstattung

Die Verteilung des Personals in ver.di wird daran gemessen, welche Anforderungen unsere Mitglieder an uns und unsere Arbeit stellen. Hierzu sollen alle Ebenen von ver.di einen Klärungsprozess herbeiführen, wie die vom Gewerkschaftsrat beschlossene Erreichbarkeitsdauer hergestellt werden soll.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag K 023

Antragsnr.	Thema / Antragsteller / Beschluss	Seite
K	Personalausstattung	
K 027	Einsatz von Jugendsekretärinnen und –sekretären Landesbezirkskonferenz Bayern Angenommen	7
K 028	Keine Leiharbeitnehmerverhältnisse bei ver.di und deren Einrichtungen Bundesfachbereichskonferenz 9 Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	7
K 031	Ausbildung bei ver.di Bundesjugendkonferenz Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat	7
K 032	Einstellung und Einsatz von Auszubildenden bei ver.di Landesbezirkskonferenz Bayern Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat	7
K 033	Übernahme ver.di-Auszubildender Bundesjugendkonferenz Angenommen	8

K 027 Landesbezirkskonferenz Bayern

Einsatz von Jugendsekretärinnen und -sekretären

Voraussetzung für den Einsatz von Jugendsekretärinnen und -sekretären ist die Zustimmung der betroffenen Jugendgremien.

In der Jugendrichtlinie muss unter

3.2 Bezirksebene - Aufgaben des Bezirksjugendvorstandes,

3.3 Landesbezirksebene - Aufgaben des Landesbezirksjugendvorstandes

und

3.4 Bundesebene - Aufgaben des Bundesjugendvorstandes

folgender Satz ergänzt werden:

"Die entsprechenden Jugendgremien sind bei der Besetzung von JugendsekretärInnen-Planstellen gemäß § 73 Absatz 5 zu beteiligen."

Angenommen

K 028 Bundesfachbereichskonferenz 9

Keine Leiharbeitnehmerverhältnisse bei ver.di und deren Einrichtungen

Leiharbeitnehmerverhältnisse sind in direkte Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

Dieses grundsätzliche gewerkschaftspolitische Ziel ist auch bei ver.di selbst einzuhalten. Deshalb sind alle Leiharbeitsverhältnisse bei ver.di (zum Beispiel auch bei Bildungseinrichtungen wie in Brandenburg) in direkte Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Notfalls sind dabei befristete direkte Arbeitsverhältnisse diesen Leiharbeitsverhältnissen vorzuziehen.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 031 Bundesjugendkonferenz

Ausbildung bei ver.di

ver.di wird aufgefordert, eine 7-prozentige Ausbildungs-Quote einzuführen. Die Bemessungsgrundlage der 7-prozentigen Ausbildungsquote ist die Anzahl der Beschäftigten, für deren Tätigkeiten eine Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) möglich ist.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat

K 032 Landesbezirkskonferenz Bayern

Einstellung und Einsatz von Auszubildenden bei ver.di

In jeder ver.di-Bezirksgeschäftsstelle mit mindestens zehn Vollzeitarbeitsplätzen laut Sollstellenplan wird ein Ausbildungsplatz zur Ausbildung einer Bürokauffrau bzw. eines Bürokaufmannes oder eine vergleichbare Ausbildungsstelle geschaffen. Bei Bezirken mit 20 Vollzeitarbeitsplätzen im Verwaltungsangestelltenbereich laut Sollstellenplan oder mehr, erhöht sich die Zahl der zu schaffenden Ausbildungsplätze um jeweils eine pro zehn Vollzeitarbeitsplätzen im Verwaltungsangestelltenbereich.

In Landesbezirksgeschäftsstellen und beim Bundesvorstand ist die oben aufgeführte Quote analog anzuwenden.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat

Übernahme ver.di-Auszubildender

Auszubildende bei ver.di sollen unbefristet, wohnortnah in Vollzeit übernommen werden.

Angenommen

Antragsnr.	Thema / Antragsteller / Beschluss	Seite
K	Qualifizierung / PE	
K 035	Weiterführung des Qualifizierungsprogramms für Jugendsekretärinnen Bundesjugendkonferenz Angenommen	10
K 036	Weiterführung des Qualifizierungsprogramms für Jugendsekretärinnen und Jugendsekretären Landesbezirkskonferenz Hamburg Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat	10
K 037	Fokus auf Nachwuchsförderung Bundesfachbereichskonferenz 5 Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand	10
K 038	Hauptamtliche Nachwuchsausbildung in ver.di Bezirkskonferenz Bochum-Herne Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat	10

K 035 Bundesjugendkonferenz

Weiterführung des Qualifizierungsprogramms für Jugendsekretärinnen

ver.di fordert die Weiterführung des Programms „Sekretärinnen in Einarbeitung“ auch über 2007 hinaus. Ziel ist es, dieses Qualifizierungsprogramm dauerhaft zu verankern. Die nächsten Auswahlverfahren sollen unter Einbeziehung der ehrenamtlichen Jugendvorstände analog § 73 Absatz 5 erfolgen.

Angenommen

K 036 Landesbezirkskonferenz Hamburg

Weiterführung des Qualifizierungsprogramms für Jugendsekretärinnen und Jugendsekretären

Das im Jahr 2006 begonnene und vorerst bis 2007 begrenzte bundesweite Qualifizierungsprogramm für Jugendsekretärinnen und Jugendsekretären wird auch ab 2008 weitergeführt.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat

K 037 Bundesfachbereichskonferenz 5

Fokus auf Nachwuchsförderung

ver.di und ihre Untergliederungen setzen sich verstärkt dafür ein, dass innovative Nachwuchsförderungskonzepte entwickelt und aktiv umgesetzt werden. Auf bereits bestehende Mentoring-Programme kann dabei zurückgegriffen werden, die jedoch bisher nicht im wünschenswerten Umfang genutzt worden sind.

Die Einbindung und aktive Beteiligung junger Mitglieder in die ver.di-Arbeit ist für die Zukunft der Organisation von hoher Priorität. Dafür sind von der gesamten Organisation (Fachbereiche und Ebenen) Ressourcen – in Form von Personal und Finanzen – zur Verfügung zu stellen.

Der Förderung von jungen Mitgliedern – und hier vor allem jungen Frauen – in ehrenamtlichen Funktionen und dem schwierigen Übergang von der Jugend- in die Erwachsenenarbeit wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

K 038 Bezirkskonferenz Bochum-Herne

Hauptamtliche Nachwuchsausbildung in ver.di

ver.di bietet weiterhin mindestens einmal jährlich ein eigenes Ausbildungsprogramm zur Gewerkschaftssekretärin und zum Gewerkschaftssekretär an, wie das bundesweite Programm "Sekretäre/innen in Einarbeitung".

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Gewerkschaftsrat

Antragsnr. Thema / Antragsteller / Beschluss	Seite
K Frauenförderung	
K 046 Frauenförderung in ver.di Bezirkskonferenz Rosenheim Angenommen	12

Frauenförderung in ver.di

Die beschlossenen Ziele zum Thema Frauenförderung innerhalb ver.di müssen weiter gezielt und mit Nachdruck umgesetzt werden.

Angenommen